Neustadt – wie weiter?
Ein Stadtteil im Fokus
» Seite 4

Post vom Anbieter
Preissteigerungen bei Essenversorgung in Schule und Kita » Seite 6

Prognose unmöglich
OB Hilbert legt Haushaltsentwurf vor
» Seite 8

Ausgabe 05

»Endlich hat Dresden einen Aktionsplan Integration«

Margot Gaitzsch

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

September/Oktober 2022

Zusammen-trommeln

Gegen die Preisexplosion: Wir kämpfen für eine Deckelung der Strompreise und für eine erschwingliche Mittagsversorgung unserer Kinder. » Seite 6 und 7

Herbst der Hoffnung

Ein starkes Zeichen, das da am 5. September aus Leipzig in die Bundesrepublik gesandt wurde

Gregor Gysi hatte es auf dem Leipziger Augustusplatz gesagt: »Es wurde Zeit, dass DIE LINKE endlich wieder eine solche Kundgebung zusammentrommelt!«

Der Aufzug Tausender auf der Leipziger LINKEN-Demo war ein Zeichen der Hoffnung – ihrer Hoffnung, dass ihr persönliches Aufbegehren eine Richtungsänderung der herrschenden Politik bewirken kann. Denn darum geht es: Abseits außenpolitischer Zeitenwenden geht es doch so weiter wie in den letzten Jahrzehnten immer. Eine wohlhabende politische Elite »schwört« die große Mehrheit der Bevölkerung auf Entbehrungen ein, treibt die Privatisierung von Gewinnen (sowohl bei Rüstungs- als auch Mineralölkonzernen hüben wie drüben) und die Sozialisierung von Verlusten voran. Verteilt wird Reichtum – wenn überhaupt – aus der Mitte nach Unten. Diese Bundesregierung schreckt vor der Heranziehung der wirtschaftlich Starken so sehr zurück, dass sie selbst russische Oligarchen mit Samthandschuhen anfasst, von denen im Westen, die hier Superreiche genannt werden, ganz zu schweigen.

DIE LINKE aber hat eins bewiesen: Sie kann den russischen Einmarsch als Völkerrechtspartei klar kritisieren und trotzdem sozialen Ausgleich hier im eigenen Land einfordern. Nun muss sie zeigen, dass sie dort, wo sie Verantwortung trägt, Veränderungen im Hier und Jetzt erreicht – Veränderungen, die die in Leipzig lautstark vorgetragenen Hoffnungen nicht enttäuschen. Konkrete Schritte wie die Deckelung der Preise für das Mittagessen in Schulen und Kitas, Stopp von Fahrpreiserhöhungen, Erhalt des Sozialtickets, freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in städtischen Museen – für all das kämpft DIE LINKE in Dresden nicht erst seit ein paar Wochen, wie in dieser Ausgabe zu lesen ist.

Thomas Feske

BÜRGERMEISTERSTREIT

Ämter sind kopflos

Hinter den Fassaden des Rathauses werden durch den Oberbürgermeister, gedrängt von seiner FDP, siegestrunkene Machtspielchen gespielt. Die restliche Welt schüttelt mit dem Kopf. Was ist geschehen? Für die Stadtratssitzung im August war eigentlich vorgesehen, eine Reihe von Beigeordneten neu zu wählen.

Im ersten Wahlgang erhält Peter Lames (SPD) die erforderliche Mehrheit. Dirk Hilbert jedoch verweigert sein Einverständnis und da im zweiten Wahlgang die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht wird, ist die Wahl geplatzt. Um den restlichen Abend nicht im Chaos versinken zu lassen, werden die weiteren Wahlen vertagt. Seither wird hinter den Kulissen gerungen, werden Schreibtische geräumt und Varianten der Ressortverteilung durchgespielt, nur damit der OB die FDP beschenken kann.

Wer wissen will, ob und wie die Karten neu gemischt wurden, der wird in dieser Ausgabe fündig. » Seite 3

Wege der Integration für alle Flüchtlinge öffnen

Integrieren statt abschieben

Am 23. Juni verabschiedete der Stadtrat den neuen »Aktionsplan Integration« für 2022 bis 2026

Am 3. März hat sich der Dresdner Stadtrat zur Potsdamer Erklärung »Städte Sicherer Hafen« bekannt. Die Umsetzung des nun vorliegenden, überarbeiteten und bis 2026 gültigen »Aktionsplanes Integration« kann einen Beitrag dazu leisten, dass dieser Stadtratsbeschluss mit Leben erfüllt wird. Im Plan werden die Aufgaben und Anforderungen in den Feldern Spracherwerb, Arbeit, Berufsausbildung und Studium ebenso beleuchtet wie in den Bereichen Wohnen, migrantische Selbstorganisation, politische Teilhabe oder Gesundheit und Sport.

Der Plan umfasst 151 Seiten. Zitat des Oberbürgermeisters: »Lassen Sie uns in ruhigen wie auch stürmischen Zeiten gemeinsam für ein vielfältiges Dresden auf Kurs bleiben!« In der Praxis muss es wohl eher heißen »Auf Kurs bringen.« Gute Ansätze gibt es dafür. Unsere Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann hat in Zusammenarbeit mit anderen die Gesundheitskarte für Asylsuchende auf den Weg gebracht. Die 2015 als Flüchtlingsambulanz gegründete Praxis zur medizinischen Versorgung geflüchteter Menschen wurde als Internationale Praxis nun verstetigt.

Noch viel besser muss es gelingen, städtische Angebote, wie zum Beispiel die Interkulturellen Tage oder die Internationalen Wochen gegen Rassismus mit Angeboten von Initiativen und Ehrenamtlichen in der Stadt zu verknüpfen, um Integration und Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund in die Tat umzusetzen.

Was läuft schon gut und gilt es zu verstetigen? Einige Beispiele: Schwimmkurse für Frauen mit Migrationshintergrund, Fußball für Mädchen vom »Laubegast ist bunt« e. V., Berufsberatung durch »Willkommen in Löbtau« (auch in Prohlis), vielfältige Angebote vom »Spike« und nicht zu vergessen den Afropa e. V.

Es muss gelingen, städtische und andere Angebote besser zu verknüpfen

In diesem Jahr konzentrierten sich viele Angebote auf die Unterstützung von aus der Ukraine Geflüchteten. Da wurden Wege der Integration aufgezeigt, die für alle Geflüchteten gelten sollten. Das für diese Menschen angewandte Aufenthaltsrecht mit schneller Arbeitsintegration zeigt, was möglich ist. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiert im Artikel 1 die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Das muss endlich im täglichen Zusammenleben Realität werden.

Margot Gaitzsch

DRESDNER ÖPNV

Die Verwaltung verschleppt

Schon länger sind die Defizite der Versorgung der westlichen Ortschaften durch den Dresdner ÖPNV bekannt. Schüler:innen müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen und es ist auch vorgekommen, dass Kinder wegen Überfüllung nicht mitgenommen wurden. Die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat regte eine Verdichtung der ÖPNV-Versorgung an und konnte auch die Finanzierung absichern. Die Beschlusskontrolle zum Antrag zeigt leider erneut, dass zwischenzeitlich nichts passiert ist. Dazu sagt Katharina Hanser: »Nahverkehr ist öffentliche Daseinsvorsorge. Die Kinder in den Ortschaften haben das gleiche Recht, ihren Schulweg allein und sicher bewältigen zu können, wie die Kinder in den Stadtteilen.« *Die Redaktion*

BERTOLT-BRECHT-GYMNASIUM

Abriss oder Erhalt?

Sehr lange schon steht eine Erweiterung und Sanierung des Bertolt-Brecht-Gymnasiums (BeBe) an. Die Verwaltung will einen Abriss und den Neubau. Sollte schon wieder ein DDR-Schulgebäude abgerissen werden? Auch schienen zunächst ökologische Gründe gegen den Abriss eines noch funktionierenden Gebäudes zu sprechen. Darum wollten wir eine Expertenanhörung. Wir, Tilo Wirtz und ich, brachten fachkundige Verstärkung durch zwei Architekten mit – Marco Dziallas und Daniel Fischer.

Am Ende überwogen die Argumente für einen Abriss. Das Gebäude der BeBe sollte mal eine Vorzeigeschule hinsichtlich der Energieeffizienz werden. Bei der Sanierung in den Neunziger Jahren entstanden Brandschutzprobleme, wodurch viele Elemente der Sanierung zurückgebaut werden mussten. Das Fazit lautet: Die Bausubstanz der alten Plattenbauschule ist so schlecht, dass sie nicht aufwendig erhalten werden sollte. Das wurde auch von unseren Sachverständigen so gesehen.

Es gibt aber auch pädagogische Gründe für einen Neubau. Die Klassenstärken am Gymnasium sind hoch. 28 junge Menschen müssen in einem etwa 50 Quadratmeter großen Raum arbeiten – das ist sehr beengt. Das wird sich auch nicht so schnell ändern, denn der Lehrer:innenmangel erfordert größere Klassen. Das bestehende Gebäude wird damit den heutigen Anforderungen auf keinen Fall gerecht.

Aus den genannten Gründen stimmen wir als Fraktion DIE LINKE für einen Neubau des BeBe. *Anja Apel*

Lernen braucht Raum

Ringen um Dresdens Zukunft

Eindeutiger Anspruch: Kris Kaufmann und Annekatrin Klepsch sollen Bürgermeisterinnen bleiben! Ein Interview mit dem LINKEN-Fraktionsvorsitzenden im Dresdner Stadtrat André Schollbach

»Postengeschacher«, »Hickhack« – in der Dresdner Zeitungslandschaft wird mit unschönen Worten über die Hängepartie bei den Bürgermeisterwahlen berichtet. Wie erlebst Du die Situation?

Es ist klar, dass die Verhandlungen um die Aufstellung der Beigeordnetenriege nicht ganz einfach sind und einige Zeit in Anspruch nehmen. Es ist aber ein Gebot politischer Vernunft, in einer Großstadt wie Dresden kein Lotteriespiel mit ungewissem Ausgang zu veranstalten. Am 11. August kam der Stadtrat zu einer planmäßigen Sondersitzung zusammen, um rechtzeitig vor dem Ende der Amtszeit der bisherigen Beigeordneten die erforderlichen Neubesetzungen vorzunehmen. Dort wurde der bisherige Finanzbürgermeister Dr. Peter Lames (SPD) mit absoluter Mehrheit erneut gewählt, aber Oberbürgermeister Hilbert verweigerte sein Einvernehmen. Eine Begründung dazu blieb er dem Stadtrat schuldig. Inzwischen ist jedoch klar, worum es geht: Nachdem er im OB-Wahlkampf noch das Märchen vom unabhängigen Kandidaten Hilbert erzählte, soll jetzt auf Biegen und Brechen ein FDP-Beigeordneter durchgesetzt werden, obwohl die FDP im Rat lediglich auf fünf Sitze kommt.

Kris Kaufmann und Annekatrin Klepsch gelten im Stadtrat und auch in der Stadtgesellschaft als sattelfeste, kompetente Bürgermeisterinnen. Du verhandelst in den letzten Wochen intensiv, damit beide weiterhin linke Politik in der Verwaltung umsetzen können. Siehst Du Hoffnung, dass beide in Verantwortung bleiben?

Kris Kaufmann und Annekatrin Klepsch haben in den vergangenen Jahren bereits ihre Eignung für ihre Ämter unter Beweis gestellt und dort einen guten Job gemacht. Der Stadtparteitag hat sie deshalb völlig zu Recht mit guten Ergebnissen erneut dafür nominiert. Unser Anspruch ist eindeutig: Beide sollen Bürgermeisterinnen bleiben. Nicht zuletzt angesichts der schwierigen Lage unserer Partei mit anhaltenden Querelen auf Bundesebene wäre es ein wichtiger Erfolg, wenn es uns gelingt, in der sächsischen Landeshauptstadt erneut zwei Bürgermeisterinnen zu stellen. In den letzten Monaten habe ich deshalb hart dafür gearbeitet, viele Gespräche geführt und eine Menge Verhandlungsrunden absolviert, zum Teil bis in die Nacht hinein. Es ist ein zähes Ringen mit Haken und Ösen. Inzwischen sind Dr. Peter Lames (SPD), Eva Jähnigen (Grüne) und Detlef Sittel (CDU) aus ihren Ämtern ausgeschieden. Am 30. September endet die Amtszeit von Kris Kaufmann und am 31. Oktober jene von Annekatrin Klepsch. Damit ist die Handlungsfähigkeit der Verwaltungsspitze in Gefahr. Das erhöht den Druck auf die Beteiligten, zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen.

Ein Wort zum Oberbürgermeister: Er hat Dresden mit seinem Machtanspruch für seine FDP in die Sackgasse geführt. Wie kann man mit so einem Mann konstruktiv zusammenarbeiten?

Nach meiner Einschätzung hat Herr Hilbert in den vergangenen Wochen eine Menge an Porzellan zerschlagen. Er hat damit weder der Stadt Dresden noch sich selbst einen Gefallen getan. Was wir aktuell erleben, wird noch lange nachwirken. Nichtsdestotrotz werde ich mich bemühen, korrekt mit Herrn Hilbert umzugehen.

»Es ist das Gebot politischer Vernunft, in einer Großstadt wie Dresden kein Lotteriespiel zu veranstalten«

André Schollbach

Just in diesem Moment würde in Dresden eine handlungsfähige Verwaltungsspitze gebraucht. Der Haushalt steht an. Wie kann DIE LINKE hier Akzente setzen, wenn – wie unser Haushaltsexperte Tilo Kießling in dieser Ausgabe berichtet – Prognosen in Bezug auf die städtischen Finanzen und auf die Arbeitsfähigkeit der Rathausspitze kaum abzugeben sind?

Indem wir gerade in dieser Lage ohne Wenn und Aber für die sozialen Belange einstehen und keine Einschnitte in den Bereichen Kultur, Jugendhilfe, Soziales und Kultur zulassen. Das erwarten die Menschen von uns – insbesondere in der aktuellen Ausnahmesituation.

Die Teuerungen im Alltag sind ein großes Problem. Wo kann Kommunalpolitik hier Linderung verschaffen?

Für immer mehr Menschen ist das tägliche Leben kaum noch bezahlbar. Viele haben existenzielle Sorgen, nicht wenige zittern vor der nächsten Heizkostenabrechnung. Irgendwann weißt Du einfach nicht mehr, wo Du noch sparen könntest. Gleich gar nicht in diesen Dimensionen. In dieser Situation haben Staat und Stadt eine besondere Verantwortung. Man darf die Menschen nicht allein lassen. Auch kommunalpolitisch gibt es Handlungsmöglichkeiten.

Die Fraktion DIE LINKE hat jetzt im Stadtrat etwa einen Preisdeckel für Kita- und Schulessen beantragt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass ein Härtefallfonds für Energieschulden eingerichtet und keine Stromsperren verhängt werden. In den letzten Monaten haben wir uns gegen die Ticketpreiserhöhungen bei Bus und Bahn und gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren gewandt. Uns ist der Erhalt des Sozialtickets gelungen. Auch vermeintliche Kleinigkeiten, wie die gebührenfreie Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheins für Dresden-Pass-Inhaber, sorgen für Entlastung in diesen Zeiten.

Das Interview führte Thomas Feske

KLIMASCHUTZ

Dresden ohne Konzept

Bereits am 30. Januar 2020 beauftragte der Dresdner Stadtrat die Stadtverwaltung mit der Überarbeitung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Dresden. Das Konzept lag jedoch nicht wie ursprünglich geplant im Sommer 2022 vor, obwohl der Beschluss vor mehr als zwei Jahren gefasst wurde. Das Klimaschutzkonzept ist aber die wesentliche Grundlage für das weitere Vorgehen gegen den Klimawandel. Die aktuelle Energiedebatte unterstreicht, welche Herausforderungen auf die Stadtgesellschaft insgesamt zukommen.

Angesichts des langen Zeitraums seit dem Stadtratsbeschluss vom 30. Januar 2020 wollte Stadtrat Tilo Wirtz genauer wissen, warum über zwei Jahre nach Beschlussfassung nicht absehbar ist, wann das Konzept vorliegen wird und woran es genau hängt. Er richtete deshalb eine schriftliche Anfrage an Oberbürgermeister Hilbert.

Klima: eine gewaltige Herausforderung

Wirtz fragte etwa nach der aktuellen Terminschiene, dem Ergebnis der Überprüfung der Zusammenarbeit mit dem externen Beratungsbüro, ob eine Beendigung des Vertragsverhältnisses ansteht, worin mögliche Unstimmigkeiten überhaupt bestehen und welche Kosten und Mehrkosten durch die externe Beratung entstehen.

Im Antwortschreiben des Oberbürgermeisters blieben die Fragen jedoch vollständig unbeantwortet. Stadtrat Tilo Wirtz sagt dazu: »Es kann nicht sein, dass erst der Kampf gegen Klimawandel als Aufgabe von höchster Priorität ausgerufen wird und anschließend versagen die Verantwortlichen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Klimaneutralität ist eine gewaltige technische, politische, terminliche und finanzielle Herausforderung. Da kann es nicht sein, dass schon bei der Fortschreibung des grundlegenden städtischen Konzepts Schiffbruch erlitten und Zeit verloren wird.« *Die Redaktion*

Wie weiter mit der Neustadt?

Die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat fordert einen genaueren Blick auf die Neustadt und die angrenzenden Gebiete durch ein langfristiges Entwicklungskonzept

Ein Hinterhof in der Dresdner Neustadt

Immer wieder gerät die Neustadt in den Fokus der Aufmerksamkeit. Das liegt einerseits an der augenfälligen Lebendigkeit des Viertels und seiner bewegten Geschichte seit der politischen Wende. Andererseits geht es um die Rolle des Viertels für die Gesamtstadt.

Zur Realität der Neustadt gehört seit einiger Zeit die Klage der Anwohner und Anlieger über die nächtliche Lautstärke an einigen Ecken. Dort, unter freiem Himmel, sammeln sich vorwiegend junge Menschen zum Feiern. Früher war das von einem gewissen Charme geprägt, heute ist es häufig grenzwertig. Der Stadtverwaltung, oder genauer dem Ordnungsamt, fällt wieder nur ein Alkoholverkaufsverbot in den charakteristischen Spätshops ein und bezeichnenderweise das erste Mal auch ein Alkoholkonsumverbot auf den Gehwegen und Plätzen rund um das sogenannte Assi-Eck. Wir wollen dem einen nachhaltigen Ansatz entgegensetzen.

Es benötigt ein längerfristiges Konzept, wie mit der Äußeren Neustadt und den angrenzenden, ebenfalls sehr lebendigen Vierteln, wie dem Hechtviertel und der Leipziger Vorstadt, in Zukunft umgegangen werden muss. Wir müssen die Stadtentwicklung auf die Probleme, die das sogenannte Szeneviertel mit sich bringt, ausrichten. Nicht zuletzt wird mit der Bebauung des ehemaligen Globus-Geländes am Leipziger Bahnhof viel Nachdenken nötig sein, wie das in bestmöglicher Art und Weise und so nachhaltig wie möglich entwickelt werden kann und sich mit den bestehenden Strukturen rückkoppelt.

Die Äußere Neustadt ist als Sanierungsgebiet Nummer eins im Freistaat jahrelang stadtsoziologisch untersucht worden. Seit dem Auslaufen der Sanierungsförderung ist die Entwicklung allerdings weitergegangen, wohingegen keine neuen Daten für die sozialen Milieus mehr erhoben wurden.

Wir wollen einen nachhaltigen Ansatz für die Neustadt

Die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat hat zusammen mit der SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, mit dem genau dies gefordert wird. Es soll eine Sozialraumanalyse – die die angrenzenden Gebiete mit umfasst – erarbeitet werden. Und die Entwicklungskonzeption für den Stadtbezirk in Zusammenhang mit dem Stadtbezirk Pieschen soll fortgeschrieben werden.

So hätten wir eine wissenschaftliche Grundlage für weitere Maßnahmendiskussionen, um die problematischen Seiten der Neustadt anzugehen und die besonders attraktiven Seiten zu stärken, ohne die Gentrifizierung zu beschleunigen. *Magnus Hecht*

Energiearmut
Forderungen der LINKEN aus Sachsen » Seite 2

Irrwege
Renaissance der Atomkraft? » Seite 3

Auf Sommertour
Cornelia Ernst im Katastrophengebiet Ahrtal » Seite 8

Ausgabe 05

»Wir müssen einen neuen Umgang miteinander finden«

Jens Matthis

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
September/Oktober 2022

Partei im Krisenmodus

Fast prophetisch: Es käme tatsächlich darauf an, dass DIE LINKE sich verändert. » Seite 4

Der Markt regelt nichts

Energieversorgung ist Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand

Die Energiepreise explodieren. Erhöhungen der Abschlagszahlungen für Gas bis zum Zehnfachen der bisherigen sind keine Seltenheit. Immer öfter berichten uns Bürger:innen von solchen Sprüngen in den Abschlagszahlungen. Der Bundesvorstand hat deshalb auf seiner Klausurtagung am 10. und 11. September 2022 in Rathenow umfassende Vorschläge beschlossen, wie die Bevölkerung vor gigantischen Preissteigerungen geschützt werden kann.

Ein zentrales Element der Beschlüsse ist die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Weil die Liberalisierung der Energiemärkte gescheitert ist, müsse gehandelt werden. Um die Einkaufpreise und die Preise für die Endverbraucher zu regulieren, brauche es eine grundsätzliche Wende in den Handels- und Eigentumsstrukturen. Wir wollen Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen. Mit Stadtwerken, Energiegenossenschaften und Windkraftanlagen in kommunaler Hand stärken wir das öffentliche Eigentum.«

Janine Wissler erläuterte den Beschluss: »Energieversorger werden mit viel Geld gerettet, was richtig ist, aber sie werden nicht in die Verantwortung genommen. Energie ist Daseinsvorsorge, sie gehört nicht in die Hände privater Konzerne, sondern unter demokratische Kontrolle. Statt mit der Gasumlage die Mehrheit der Menschen für die Fehler anderer bezahlen zu lassen, sollten Unternehmen, die ihren gesellschaftlichen Auftrag nicht mehr erfüllen können, in die öffentliche Hand übernommen werden.«

Ein Problem der gegenwärtigen Rettungsmaßnahmen ist, dass Steuergelder faktisch für die Rettung der Gewinne und Dividenden der Aktienbesitzenden verpulvert würden, statt sie nachhaltig für die Übernahme der Konzerne einzusetzen. Wir brauchen ein Netzwerk von Energieunternehmen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand. *Thomas Lohmeier*

EDITORIAL

Überall Risiken

Sicher wäre es schön, von positiven Dingen zu reden oder zu schreiben. Allein: Die Zeiten sind nicht so. Nicht in der Welt, nicht im Land und nicht in unserer Partei. Die Energiekrise hat ihre ersten Opfer gefordert – vorerst in der Wirtschaft und im Handwerk. Was wir als sächsische LINKE für die Privathaushalte fordern, erklärt Sarah Buddeberg. Wieder in der Diskussion ist die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken, also faktisch ein Ausstieg aus dem Ausstieg. Dazu ein Debattenbeitrag über das Risiko Mensch in technischen Systemen. Und schließlich sieht es in unserer Partei alles andere als gut aus. Auch hier ist der Mensch das Risiko. Jens Matthis beschreibt das lange Versagen einer Partei, die sich das Wirken für eine solidarische Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben, die Solidarität in den eigenen Reihen dabei aber offensichtlich völlig aus dem Blick verloren hat. Etwas Schönes im Kleinen gibt es aber doch zu berichten, von Kristin Hofmann auf Seite 6.

Uwe Schaarschmidt

»Kein Mensch ist illegal!« – und das ist wörtlich zu nehmen

Gleichbehandlung für Flüchtlinge!

Die Solidarität mit Flüchtlingen aus der Ukraine ist vorbildlich. Aber warum nicht mit allen Schutzsuchenden?

Die Zahl der in Deutschland lebenden Geflüchteten ist infolge des Ukraine-Kriegs im ersten Halbjahr 2022 auf rund 2,9 Millionen angestiegen. Knapp 900.000 aus der Ukraine geflüchtete Menschen haben die deutschen Behörden in den letzten Monaten registriert. Die Aufnahme von fast einer Million Menschen aus der Ukraine innerhalb kürzester Zeit macht deutlich, dass eine solidarische und unbürokratische Aufnahmepolitik möglich ist. Das konnte aber nur gelingen, weil Geflüchtete aus der Ukraine nicht in die staatlichen Aufnahmelager und Asylstrukturen gezwungen wurden, die längst zusammengebrochen wären. Auf aufwändige Asylprüfungen wurde verzichtet, die Menschen konnten bei Verwandten oder hilfsbereiten Privatpersonen unterkommen, sie erhielten Zugang zu Sprachkursen, ungekürzte Sozialleistungen und durften sofort arbeiten. Das sollte Vorbild für eine menschliche Asylpolitik insgesamt sein. Vor allem mit der verpflichtenden Unterbringung von Asylsuchenden in großen Erstaufnahmeeinrichtungen muss Schluss sein. Das wäre ein Paradigmenwechsel, der diesen Namen verdient.

Schutzstatus für Drittstaatler gewährleisten

Von der unkomplizierten Schutzerteilung können allerdings bisher nicht alle profitieren, die aus der Ukraine fliehen mussten. Tausende Drittstaatsangehörige, die im letzten halben Jahr aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind, sind seit 1. September in eine äußerst prekäre Situation geraten. Sie sind vor demselben Krieg geflohen wie die ukrainischen Staatsangehörigen, auch ihre Pläne wurden zerstört, auch sie stehen vor dem Nichts. Dennoch droht vielen von ihnen nun die Abschiebung in ihr Herkunftsland. Diese Ungleichbehandlung ist ungerecht und durch nichts zu rechtfertigen.

Einige wenige Bundesländer wie Hamburg und Berlin haben für die Gruppe der internationalen Studierenden Übergangslösungen erarbeitet, doch davon können bei Weitem nicht alle Drittstaatsangehörigen profitieren, und selbst für die internationalen Studierenden bleiben die bürokratischen Hürden hoch. In anderen Bundesländern gibt es überhaupt keine Angebote, die Drittstaatsangehörigen einen längerfristigen Aufenthalt ermöglichen; dort gelingt es lediglich mit viel zivilgesellschaftlichem Druck, Übergangslösungen für einzelne Personen auszuhandeln. Das Mindeste wäre eine für ein Jahr gültige Fiktionsbescheinigung für alle aus der Ukraine geflüchteten Drittstaatsangehörigen, damit sie in dieser Zeit die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis erfüllen können.

Die Ungleichbehandlung ist durch nichts zu rechtfertigen

Clara Bünger, MdB

INFLATIONS-SCHUTZSCHIRM FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

Krisengewinner müssen zahlen!

Mit der Leipziger Großdemo hat DIE LINKE am 5. September den »Heißen Herbst« in Sachsen eingeläutet. Dank zahlreicher engagierter Antifaschist:innen konnte die versuchte Vereinnahmung von rechts erfolgreich abgewendet werden. In den kommenden Monaten werden so solidarische Proteste den weiterhin ungebremsten Anstieg der Energie- und Lebenshaltungskosten begleiten. Auch das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung wird keinen durchschlagenden Effekt für die Breite der Bevölkerung haben, solange nicht konsequent Gaspreise gedeckelt und Übergewinne abgeschöpft werden, sondern Bürger:innen immer noch mit viel zu geringen Einmalzahlungen abgespeist werden.

Im Sommer gab es bereits eine umfangreiche Kampagne mit dem Energiepreiswürfel. In deren Rahmen waren meine Kollegen Marco Böhme und Mirko Schultze zusammen mit unserer Bundestagsabgeordneten Clara Bünger im Land unterwegs. In der Plenarsitzung vom Juli forderten wir mit einem Zehn-Punkte-Plan bereits einen Schutzschirm für betroffene Menschen, der allerdings abgelehnt wurde. Weitere Handlungsstrategien diskutierte die Fraktion gemeinsam mit der Europaabgeordneten Cornelia Ernst und Akteur:innen der Energie- und Wohnwirtschaft, Sozialverbänden und Verbraucherschutzeinrichtungen beim »Runden Tisch Energiearmut«.

Die einzig sinnvolle Alternative: Energieversorgung gehört in öffentliche Hand!

Nach Ende der Sommerpause trägt die Linksfraktion den anschwellenden Protest der Straße nun erneut in den Sächsischen Landtag. Zur spürbaren Entlastung von Bevölkerung und Kommunen haben wir einen Antrag vorgelegt, der im September abgestimmt wird. Wir fordern unter anderem einen sächsischen Energie-Härtefallfonds und mehr Energiesparberatungsstellen, damit armutsbetroffene Haushalte nicht in die Zahlungsunfähigkeiten rutschen. Im Gegensatz zum kurzsichtigen Entlastungspaket der Bundesregierung wollen wir den Handlungsspielraum der kommunalen Akteur:innen langfristig sichern. Nur so können Strom- und Gassperrungen, Kündigungen und Insolvenzen wirksam verhindert werden.

Maßnahmen wie ein Gas- und Energiepreisdeckel sollen dabei nicht über eine unsolidarische Gasumlage, sondern durch eine Übergewinnsteuer finanziert werden. Gerechtigkeit heißt, die Krisengewinner:innen hier in die Verantwortung zu nehmen! Dafür soll sich die Staatsregierung auch auf Bundesebene einsetzen.

Sarah Buddeberg, MdL

www.energiepreis-runter.de

Kollaps ohne Scham

Zur Diskussion um die Wiederentdeckung der Kernkraft als akzeptable Energiequelle

Riskante Stromerzeugung in Frankreich. Kernkraftwerk Cruas an der Rhône.

In Deutschland verlängert man die Laufzeit von Kernkraftwerken, in Frankreich will man Reaktoren wieder hochfahren, obwohl sie wegen Schäden am Druckkörper außer Betrieb genommen wurden. In der Ukraine liegt das größte Kernkraftwerk Europas unter Raketenbeschuss. In Japan(!) wird gar der Neubau von Kernkraftwerken diskutiert. Man wähnt sich in einem schlechten Film. Es geht beim Thema Kernspaltung um nicht mehr und nicht weniger als darum, was die Welt im innersten zusammen hält. Der Wichtigkeit dieser Frage geschuldet, müsste die Diskussion also gleichwohl auf ethischer, wie auch auf naturwissenschaftlicher Ebene geführt werden. Dass im Deutschen Bundestag jedoch Juristen und Pädagogen fraktionsübergreifend die Mehrheit stellen, ist nicht die beste Voraussetzung für eine wirklich fruchtbringende Diskussion. Partei- und Fraktionsräson, Lobbyismus sowie der Abgeordneten so eigene wie verständliche Instinkt für ihre Karriere in der Politik und danach tun ein Übriges, um eine Verständigung in dieser überlebenswichtigen Sache im Prinzip unmöglich zu machen. Dabei ist es ganz einfach.

Der falsche Fehler

Ich bin von Beruf Kraftwerksmaschinist. Maschinist für Wärmekraftwerksanlagen. Nun ist ein Kernkraftwerk ein 100-prozentiges Wärmekraftwerk und ein Kohle-, Öl- oder Gaskraftwerk ist anlagentechnisch einem Kernkraftwerk zu 90 Prozent verwandt. Durch mein entsprechendes energetisches Grundverständnis, gepaart mit einem schnellen Internetzugang, fällt es mir also nicht sonderlich schwer, ansatzweise zu verstehen, was in Fukushima passiert ist. Und dazu wäre zu sagen: Es war *nicht* das Erdbeben und es war *nicht* der Tsunami, der hier zu einer unkontrollierbaren Situation geführt hat – es war der Mensch, indem er ein Kernkraftwerk an dieser Stelle gebaut hat. Dies war der Fehler. Ein Fehler, der nicht im Betrieb eines Kraftwerkes auftrat – der Fehler war der Bau des Kraftwerkes an sich. Wenn aber der Mensch dazu neigt, im Vorfeld einen solchen Generalfehler zu machen, wie soll man dann ausschließen, dass er nicht auch während des Betriebes eines Kraftwerkes Fehler macht?

Gerade sicherheitsrelevante Bereiche fordern Tricksereien regelrecht heraus

Jeder, der mit komplexen technischen Systemen arbeitet und behauptet, er habe nie getrickst, schwindelt. Gerade sicherheitsrelevante Bereiche fordern Tricksereien regelrecht heraus. Die Gründe für dieses Handeln sind vielfältig. Sie reichen von schlechter Ausbildung, Bequemlichkeit, Schlamperei, Überheblichkeit, falschem Stolz bis hin zu Egoismus und gar äußerem Druck durch Vorgesetzte. Und nun mag sich jeder fragen, ob er selbst gegen derartige Handlungsantriebe gefeit wäre.

Gekündigte Freundschaft

Ich habe in vier konzeptionell, aufgabenmäßig und technisch sehr unterschiedlichen Kraftwerken gearbeitet. Und ich stand zu Beginn *immer* staunend und voller Respekt vor für mich bislang unbekanntem Equipment. Es dauerte jedoch *nie* allzu lange, bevor Respekt und Staunen der Gewöhnlichkeit wichen. Man duzte die Technik irgendwann, verkumpelte mit ihr, begann – wie das unter Kumpels üblich ist – über Unzulänglichkeiten hinweg zu schauen. Da so etwas ja unter Kumpels auf Gegenseitigkeit beruht, erwartet man dies dann fataler Weise und wider jeglicher Vernunft auch vom technischen System. Und so ein technisches System – besonders wenn es von Eisen ist – verzeiht in der Tat eine Menge, was wiederum letztendlich zu Überheblichkeit und Egoismus führt – dem Ende jeder Freundschaft. Und kündigt ein technisches System dann folgerichtig die Freundschaft, ist jede Verlässlichkeit dahin. Einmal außer Rand und Band reagiert es im Gegensatz zum Menschen in sich völlig logisch, folgerichtig und rein naturwissenschaftlich begründet. Chemie und Physik kennen kein richtig und falsch, kein gut und böse, chemische Reaktionen, thermische und mechanische Vorgänge sind in ständiger, auch in ihrer Geschwindigkeit für den Menschen nicht mehr zu erfassender Wechselwirkung. Handlungen, die vor einer Sekunde noch richtig, ja zwingend notwendig waren, sind in der nächsten Sekunde schon furchtbare Fehler. Teilsysteme, welche speziell zur Minimierung oder Ausschaltung von Störgrößen ins System integriert wurden, erweisen sich plötzlich selbst als Störgrößen und führen den Glauben an mehr Sicherheit durch mehr Komplexität ad absurdum. Das System kollabiert ohne Scham – und man kann ihm das nicht einmal vorwerfen.

Nein, das ist keine Spekulation – ich habe dies selbst mehr als einmal erlebt. Und die Frage ist – nicht erst jetzt: Darf man Systeme betreiben, deren Kollaps dazu führen kann, dass die Frage, was die Welt im inneren Zusammenhält mit einer ganz kurzen Gegenfrage zu beantworten ist: Welche Welt? Nein, solche Systeme darf man nicht betreiben.

Uwe Schaarschmidt

■ Der Text ist eine leicht ergänzte Version eines 2011 im Magazin »Prager Frühling« erschienenen Artikels.

Pripjat – gegründet im Jahre 1970, Geisterstadt seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl seit 1986

Respekt ist keine Einbahnstraße

Über innerparteiliche Kampagnen, Schiedsverfahren und den richtigen Umgang in der Partei

Schwer zu kitten: einmal zerschlagenes Porzellan

Eines ist für mich völlig klar: Man kann politische Konflikte und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei weder durch innerparteiliche Kampagnen noch durch Schiedsverfahren oder gar durch Parteiausschlüsse lösen. In meiner frühen Jugend gehörte ich einer Partei, der SED, an, die dies versucht hat. Es war nicht nur erfolglos, es hat den Schaden für die Partei nur noch vergrößert. Mit ihrer Neukonstituierung haben sich die PDS und später DIE LINKE zumindest satzungsmäßig von der Vorstellung der »Einheit und Reinheit der Partei« gelöst. Die Partei bekennt sich zu innerer Pluralität. Schiedskommissionen haben eher die Aufgabe, zu schlichten als zu sanktionieren, Parteiausschlüsse sind an so hohe Hürden gebunden, dass sie faktisch fast nie vorkommen. Und das ist gut so!

Politische Konflikte müssen politisch gelöst werden, im Idealfall durch die Suche nach dem Konsens oder wenigstens nach dem vernünftigen Kompromiss, im weniger idealen Fall durch demokratische Mehrheitsentscheidungen. Letztere müssen auch immer den Respekt vor der unterlegenen Minderheit einschließen, sowohl in der Sache als auch hinsichtlich der die Minderheitenposition vertretenden Personen in der Partei. Manchmal habe ich den Eindruck, mit dem wachsenden zeitlichen Abstand zur SED, ein Drittel Jahrhundert, gehen die schlechten Erfahrungen verloren. Mitglieder, die schon aufgrund ihres Lebensalters oder ihrer Herkunft mit SED nie etwas zu tun hatten, neigen – vielleicht gerade deswegen – dazu, alte Methoden zu reanimieren.

Flatternde Nerven

Es mag damit zusammenhängen, dass auf der Suche nach dem Ausweg aus der derzeitigen Krise der Partei die verschiedenen Lösungsvorschläge hart aufeinanderprallen. Positionen stehen sich nahezu unversöhnlich gegenüber, und das nicht nur bei Details, sondern bei politischen Grundfragen, die eigentlich zur Kernkompetenz der LINKEN gehören. Welche Position muss eine Friedenspartei angesichts der russischen Invasion in der Ukraine beziehen? Welche Konsequenzen sind angesichts der Klimakrise notwendig und welche sind schlicht unsozial? Wie verteidigt man Bürgerrechte in einer Pandemie? Wie organisiert man soziale Proteste richtig und wie geht man mit vorhandenem sozialen Protest um, wenn er sich nicht deutlich genug nach rechts abgrenzt? Ich könnte die Aufzählung kniffliger Fragen fortsetzen.

Alle haben sowohl der Parteitagsentscheidung als auch der persönlichen Integrität aller Beteiligten den gebührenden Respekt zu zollen

Und natürlich geht es dabei auch um die Plätze in Vorständen und um die in Zeiten schlechter Wahlergebnisse knapper werdenden politischen Mandate, egal ob im Bundestag, im Landtag, im Stadtrat oder im Stadtbezirksbeirat. Die Versuchung, einer demokratischen Entscheidung mit einer innerparteilichen Kampagne nachzuhelfen, ist immer da.

Ein prominentes Beispiel: Selbstverständlich sind sexistisches Verhalten, sexualisierte oder sonstige physische und psychische Übergriffigkeiten in einer linken Partei nicht akzeptabel und nicht tolerierbar. Betroffene müssen ernst genommen werden. Und das gilt nicht erst seit diesem Jahr. Die Auseinandersetzung damit muss freilich immer sachlich und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geführt werden – auch innerparteilich. Kampagnen auf Grund unbewiesener Behauptungen, die sich im Nachhinein als tendenziös oder falsch erweisen, wie

wir das im Vorfeld des Bundesparteitages gegenüber der Parteivorsitzenden Janine Wissler erlebt haben, sind nicht akzeptabel und nicht tolerierbar. Jedes Parteimitglied hat das Recht, der Meinung zu sein, dass statt Janine Wissler und Martin Schirdewan Heidi Reichinek oder Sören Pellmann die besseren Vorsitzenden gewesen wären oder auch Sahra Wagenknecht. Aber alle haben sowohl der Parteitagsentscheidung als auch der persönlichen Integrität aller Beteiligten den gebührenden Respekt zu zollen.

Befremdliche Vorgänge

Und das gilt auch für die auf lokaler Ebene. Selbstverständlich darf jede und jeder jederzeit den Stadtvorstand kritisieren. Allerdings darf man dabei nicht vergessen, dass jedes Vorstandsmitglied vor einem halben Jahr mehrheitlich von den Mitgliedern für diese Aufgabe gewählt wurde. Trotzdem gibt es einige befremdliche Vorgänge. Da intervenieren – männliche – Mitglieder der Linksjugend gegen tatsächliche oder vermeintliche sexistische Verhaltensweisen gegenüber Frauen in einer erweiterten Stadtvorstandsitzung, respektieren dann aber weder die Position betroffener Frauen noch das Votum des Frauenplenums. Da werden junge Parteimitglieder an der Teilnahme an einem Linksjugendtreffen gehindert, mit der geradezu absurden Begründung, dass »Stadtvorstandsmitglieder dort nicht erwünscht seien«, ein ganz eindeutiger Verstoß gegen die Satzungen von Partei und Jugendverband. Und schließlich fühlen sich zwei (männliche) Genossen befugt, am Rande des Stadtparteitages physischen Zwang gegen zwei weibliche Mitglieder des Stadtvorstandes auszuüben. Im letzteren Fall hat der Stadtvorstand einen Antrag an die Schiedskommission gestellt. Für mich war das in meinem Parteileben der erste Schiedsantrag bezogen auf das Fehlverhalten von Genossen. Ich versichere, dass ich weder die betroffenen Genossen ausschließen will, noch glaube, dass man den schwelenden Konflikt allein mit einem Schiedsverfahren lösen könnte. Natürlich nicht.

Aber ich muss eines verdammt ernst nehmen: Wenn mehrere ehrenamtlich aktive Genossinnen deutlich sagen, dass sie – sollte dieses Fehlverhalten ohne Konsequenzen bleiben –, Angst davor haben, an Parteitagen teilzunehmen und sie sich überlegen, sich künftig aus politischen Gremien zurückzuziehen, dann kann man das nicht ignorieren. Denn das wäre wirklich das Allerletzte, was uns bei der Überwindung unserer Krise helfen würde. Ich hoffe auf eine weise Entscheidung der Schiedskommission. Ich möchte, dass wir über die genannten und einige andere Vorfälle sprechen, nicht mit dem Ziel, zu eskalieren oder sich wechselseitig zu denunzieren, sondern mit dem Anspruch, gemeinsam daraus zu lernen.

Unsere Partei muss gegenwärtig nicht nur die Antworten auf schwierige politische Fragen, sondern auch wieder den richtigen Umgang miteinander finden.

Jens Matthis

Wenn kaum etwas zum Leben bleibt. Das Bürgergeld ist eine Mogelpackung

BÜRGERGELD

Keine Abkehr von Hartz IV

Die Ampel löst ihr vollmundiges Versprechen nicht ein, Hartz IV zu überwinden. Zwar finden sich im Gesetzentwurf Licht und Schatten, das Wichtigste aber fehlt: eine ehrliche Bemessung und Erhöhung der Regelsätze. Die Erhöhung der Regelsätze um 50 Euro ist zwar besser als nichts. Das ist jedoch keine Wohltat der Regierung, sondern gleicht lediglich die Inflation dieses Jahres aus. Die miese Kleinrechnerei beim Regelsatz geht einfach weiter. Die Erhöhung ist viel zu niedrig und lässt Menschen in Hartz IV bis Januar total im Stich. Es ist auch schon jetzt klar, dass die Preise im kommenden Jahr stark weiter ansteigen werden. Trotz Regelsatzerhöhung bleibt es somit bei einem massiven Kaufkraftverlust für die Betroffenen. Wir fordern einen ehrlich berechneten Regelsatz von 687 Euro. Im Gesetzentwurf finden sich einige positive Ansätze, etwa die zweijährige Übergangsfrist für Wohnungskosten und Vermögen. Das sind gute Nachrichten für Neu-Antragsteller, bringt aber denen nichts, die schon länger in Hartz IV sind. Auch den Verzicht auf das Eintreiben kleiner Rückforderungen begrüßen wir – schließlich setzt die Ampel damit alte Forderungen der Linksfraktion um. Dagegen will die Ampel weiterhin Sanktionen verhängen, die für die Betroffenen ein Leben unter dem Existenzminimum bedeuten. Das ist ein Armutszeugnis und widerspricht massiv dem Gerede von Augenhöhe und Respekt. Die Ampel betreibt eine Politik der sozialen Kälte. So wird Hartz IV nicht überwunden, sondern Armut zementiert.

Jessica Tatti, Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

ZUM STADTPARTEITAG AM 13. JULI

Licht und Schatten

Ein deutliches Votum für unsere beiden Bürgermeisterinnen

Am 13. Juli fand im Haus der Kirche ein Stadtparteitag des Dresdner Stadtverbandes der LINKEN statt. Thema war die Vorstellung unserer Bewerber für die Ämter der Beigeordneten für Soziales, Kris Kaufmann, und für Kultur, Annekatrin Klepsch, sowie die Abstimmung über ihre Unterstützung seitens des Stadtverbandes. Beide wurden mit jeweils 93 Prozent der abgegebenen Stimmen nominiert.

Dazu erklärten der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, André Schollbach und der Vorsitzende des Stadtverbandes, Jens Matthis: »Wir haben den Anspruch, Dresden aktiv zu gestalten und gehen mit zwei überzeugenden, fachlich kompetenten und erfahrenen Bewerberinnen ins Rennen. Annekatrin Klepsch und Kristin Kaufmann haben in den vergangenen Jahren ihre Eignung als Fachbürgermeisterinnen ohne Wenn und Aber nachgewiesen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Dresden sozialer machen und weitere kulturpolitische Impulse setzen.«

Eine Befassung mit einem Antrag der Linksjugend zum Thema Sexismus hat der Stadtparteitag mit knapper Mehrheit für diesen Parteitag abgelehnt und zu einer Befassung mit sorgfältiger Vorbereitung auf einen späteren Parteitag vertagt. Leider kam es kurz nach Beendigung des Parteitages im Tagungsraum seitens zweier Genossen zu heftigen und lautstarken Ausfälligkeiten gegenüber zwei Genossinnen aus dem Stadtvorstand. Der Stadtvorstand hat daraufhin in einer Sondersitzung die Einleitung eines Schiedsverfahrens gegen die betreffenden Genossen beschlossen.

Die Redaktion

Aus dem HdB

Spenden für Geschirrverleih

Der kostenlose Geschirrverleih im Haus der Begegnung eröffnet in Prohlis und Plauen Außenstellen. So werden die Wege kürzer und das ökologische Angebot in der Nachbarschaft vor Ort bekannt. Wer also Geschirr, Besteck und Gläser abgeben will, meldet sich in der Geschäftsstelle.

Politische Literatur

Der Büchertauschschrank vor dem HdB erfreut sich großer Beliebtheit und wird durch eine Förderung der Stadt Dresden bald erweitert. Immer wenn ich politische Literatur gespendet bekomme, sortiere ich diese in ein extra Regal im ersten Stock (vor der Geschäftsstellentür) ein – dort kann sie gern abgeholt werden für die eigene Lektüre. Es sind Klassiker wie aktuelle Werke darunter. *Kristin Hofmann*

»HEISSER HERBST« IN DRESDEN

Gegen Krieg und Armut

Trotz stürmischem Wind und Regen: der Dresdner Stadtverband beim bundesweiten Aktionstag zum »Heißen Herbst«

Das Wetter hätte wahrlich können besser sein, an jenem 17. September in Dresden. Trotz stürmischem Wind und Regen hat sich auch der Dresdner Stadtverband am bundesweiten Aktionstag zum »Heißen Herbst« beteiligt. Etwa 200 Menschen hatten sich am Dr. Külz-Ring versammelt, diskutierten mit Stadträt:innen und hörten den Redner:innen zu. Cornelia Ernst, MdEP, sprach aus europäischer Perspektive über die Energiekrise und ihre Folgen für die EU, Andrè Schollbach ging auf die Herausforderungen ein, vor denen die Kommunen stehen.

Weiterhin gab es Ansprachen von Vertreter:innen des Pflegebündnisses, der Sozialberatung und der Seebrücke Dresden, der deutlich auf den Klassencharakter der gegenwärtigen Krise hinwies. Ein großes Dankeschön an die Stadtgeschäftsstelle sowie an den Landesverband, welche die Veranstaltung logistisch unterstützt und vorbereitet haben.

Die Redaktion

SEP/OKT/NOV

Termine und Veranstaltungen

Eine gute Adresse: Das Haus der Begegnung

Stammtisch LINKE. Dresden-Altstadt
■ **28. September, 18 Uhr, Johannstädter Kulturtreff, Elisenstraße 35**

2. Sitzung des Stadtvorstandes im September
■ **29. September, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Saal, Die Sitzung ist parteiöffentlich.**

Stadtparteitag DIE LINKE. Dresden
■ **8. Oktober, 10 Uhr, Rathaus Dresden, Einladung für Mitglieder per Post**

Mitgliederversammlung DIE LINKE. Dresden-Nord im Oktober
■ **19. Oktober, 19 Uhr, Volkssolidarität, Putbuser Weg 18**

Sitzung des Stadtvorstandes im November
■ **10. November, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Saal, Die Sitzung ist parteiöffentlich.**

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Unsere Veranstaltungen werden mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

VortragundDiskussion: »Reclaim the Game! WM 22 Katar: Foulspiel mit System«

Menschenrechte in Katar am Bau von WM-Stadien. Vier Gäste aus Nepal und Kenia berichten von ihren Erfahrungen auf den Baustellen für die Fußballweltmeisterschaft 2022 und von ihren Kämpfen, um die Arbeitsbedingungen in Katar für migrantische Arbeiter:innen zu verbessern. Wie wirksam sind die Arbeitsrechtsreformen, die Katar angestoßen hat? Welche Probleme bleiben für gewerkschaftliche und informelle Organisierung von Arbeiter:innen bestehen? Welche Forderungen wollen wir an FIFA und DFB für künftige Standortvergaben von Fußballweltmeisterschaften richten? Wie können wir solidarisch mit den Arbeiter:innen in Katar sein? Diese Fragen diskutieren wir mit unseren Gästen aus Gewerkschaften, Politik und migrantischer Selbstorganisation.
■ **28. September, »Schauburg«, Königsbrücker Straße 55**

Vortrag und Diskussion mit Autor Volkmar Wölk: »Weder links, noch rechts?« – Das Konzept Querfront

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der »Querfront«. Alles und nichts erscheint als Querfront. Wenn Linke gegen die soziale Kälte mit einem heißen Herbst protestieren wollen, gleichzeitig Rechte gegen die Demokratie mobilisieren: Querfront.
Die Bildung einer Querfront ist ein politisches Konzept, ein Konzept der extremen Rechten. Es ist stets verbunden mit dem Versuch der Verknüpfung der sozialen Frage mit dem Nationalismus. Volkmar Wölk (Grimma) bietet einen historischen Abriss und eine Ideologieanalyse dieses Ansatzes.
■ **5. Oktober, 19 Uhr, »Rausch«, Bürgerstraße 36**

Vortrag und Diskussion mit dem freien Journalisten Peter Bierl: »Das Comeback von Sozialdarwinismus und Biologismus«

In der Reihe: »Neue« politische Unübersichtlichkeiten

Die Maßnahmen gegen das Corona-Virus würden nur Menschen retten, die aufgrund ihres Alters sowieso bald sterben müssen, erklärte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer. Seit Jahrzehnten erklärt der australische Bioethiker Peter Singer Behinderte, Demente und Neugeborene für Menschen zweiter Klasse, verharmlost Euthanasie als Erlösung und empfiehlt sie, um Geld zu sparen. Die Giordano-Bruno-Stiftung beschreibt in ihrem »Manifest für einen evolutionären Humanismus« (2005) den Menschen als Bioroboter, preist Kapitalismus als natürliche Wirtschaftsweise und bezeichnet es als männliches Vorrecht Sex mit vielen Frauen haben zu können, abgeleitet aus der Größe der Hoden. Sie alle sind Wiedergänger einer darwinistischen *Linken*, deren Geschichte und Gegenwart der Referent Peter Bierl in seinem neuen Buch »Unmenschlichkeit als Programm« seziert. In dieser Veranstaltung skizziert und diskutiert er seine Befunde.
■ **25. Oktober, 19 Uhr, »Rausch«, Bürgerstraße 36**

Vortrag und Diskussion mit Stefan Meretz vom Bonner Commons-Institut: »Mit Commons den Kapitalismus aufheben«

Linke Bewegungen und Parteien treibt früher wie heute die Frage um, wie eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus aussehen könnte und wie dahin zu kommen sei. Eine Reihe von Vorschlägen kommt dazu aus der Commons-Bewegung, die nicht nur theoretisch arbeitet, sondern Commons schon heute praktiziert. Eine der ambitioniertesten theoretischen Konzeptionen stammt von Stefan Meretz und Simon Sutterlütti, deren Buch »Kapitalismus aufheben« bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen und dort unter open access verfügbar ist. Stefan Meretz vom Bonner Commons-Institut stellt die Idee und das Buch vor.
■ **26. Oktober, 19 Uhr, »Rausch«, Bürgerstraße 36**

Gern noch politischer

Wieder ein Erfolg für die queere Community beim CSD Dresden

Laut und bunt: der Christopher Street Day in Dresden

Am vergangenen Wochenende fand der 29. Christopher Street Day (CSD) in Dresden statt. Dieser soll an den ersten bekannten Aufstand von Homosexuellen und anderen sexuellen Randgruppen, gegen die Polizeiwillkür in der New Yorker Christopher Street, erinnern. Wie die letzten Jahre hat die linksjugend Dresden wieder entschlossen Präsenz gezeigt, um damit ein Zeichen gegen die Diskriminierung dieser Gruppen und für Vielfalt der sexuellen Orientierung, sowie der Geschlechter zu setzen. Die Planung war bereits vor Wochen im vollem Gange und es wurden tolle Ideen gesammelt und viele helfende Hände gewonnen. Am Tag des CSD ging es für viele schon direkt nach dem Frühstück los. Es wurde der Truck geholt, geschmückt und der Stand aufgebaut. Während des Aufbaus und der Demo wurde mit eigener Musik die Stimmung richtig angeheizt. Somit gab es keine Chance für ein trauriges Gesicht.

Es war viel zu tun bis zum Start der Demo gegen 12 Uhr. Die vier Stunden Demo durch Dresden verlief ohne weitere Zwischenfälle. Mit unserem super DJ war für tolle Stimmung auf und hinter unserem Wagen gesorgt. Die Wagenlosung bescherte uns dieses Jahr den letzten Truck des Zuges, was jedoch dazu führte, dass hinter unserem Teil der Demo vermutlich die meisten Menschen liefen und wir somit sehr präsent für die Teilnehmenden waren. Für die Verpflegung der Ordner:innen und Demonstrant:innen während der Demo war durch einen nahegelegenen Supermarkt, wo die Mitarbeiter:innen Wasserflaschen und Snacks verteilt haben, gesorgt. Bei der Wärme und dem langen neun Kilometer Marsch durch Dresden auf jeden Fall keine schlechte Idee!

Mit einem langen Demozug konnte Sichtbarkeit für die Community erreicht werden

Gewonnenes Selbstbewusstsein

Die Stimmung auf dem CSD war wie jedes Jahr wieder sehr lebhaft, fröhlich und ausgelassen. Man hat gemerkt, wie Menschen an Selbstbewusstsein dazugewonnen haben und sich voller Stolz so gezeigt haben, wie sie sind. Mit einem langen Demozug durch weite Teile des Stadtgebiets konnte auch wieder einiges an Sichtbarkeit für die Community erreicht werden. Demzufolge war der CSD meiner Meinung nach wieder ein voller Erfolg von der Planung bis zu der Durchführung. Leider muss jedoch noch gesagt werden, dass der CSD wie jedes Jahr relativ unpolitisch war und neben dem Feiern der eigenen Identität, die strukturellen Probleme und Diskriminierung, die queere Menschen in der Gesellschaft erfahren, höchstens am Rand thematisiert hat. Es war schön dieses mal hinter den Kulissen zu stehen und mitzuhelfen. An dieser Stelle bedanke ich mich für jede helfende Hand die wir hatten, sowohl aus der linksjugend Sachsen als auch von Freund:innen und vielen Dank nochmal an unseren super DJ! *Sarah Nitsche*

Fernziel kostenloser ÖPNV. Luxemburg macht es vor, Malta folgt Oktober

BUNDESWEITER AKTIONSTAG

Mobilität für alle

Das 9-Euro-Ticket war im Sommer für Viele nicht nur die Möglichkeit, kostengünstig quer durch Deutschland reisen zu können, sondern stellte zugleich auch eine finanzielle Entlastung für all diejenigen dar, die ohnehin auf Bus und Bahn angewiesen sind.

Zum Vergleich: Das 365-Euro-Ticket für armutsbetroffene Menschen in Dresden bedeutet Kosten, die monatlich ca. drei mal so hoch sind, wie die des 9-Euro-Ticket. Und dabei ist das 365-Euro-Ticket für den deutschen Nahverkehr durchaus fortschrittlich. Doch die Ampel Regierung möchte diesen Erfolg nicht weiter fortführen, deshalb fand am Samstag, den 27. August der bundesweite Aktionstag zum Erhalt des 9-Euro-Tickets statt.

Die Linksjugend Dresden beteiligte sich mit einer eigenen Aktion daran. Seit Jahren fordert die Bundespartei die LINKE einen flächendeckenden, kostenlosen ÖPNV. Dieser Forderung sollte Nachdruck verliehen werden. Nach Lindners Aussagen zur Gratismentalität wurde unter dem Motto »Ey Lindner, gönn' mal richtig gratis: Kostenlose Fahrt statt 9-Euro-Ticket!« in ganz Dresden »Fahrkarten« für einen kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr verteilt. Denn 9 Euro im Monat ist nach wie vor zu viel und schon gar nicht *gratis*, wie Christian Lindner es empfindet. Es ist nur ein Zwischenschritt einer modernen Verkehrsplanung, welche sozial, ökologisch und inklusiv sein soll.

Abgesehen von der finanziellen Entlastung sorgt ein kostenloser ÖPNV, insbesondere langfristig und nicht nur für wenige Monate, für weniger Autoverkehr, Stau und mehr Platz in den Städten, weil weniger Parkplätze benötigt werden. Alle würden davon profitieren und könnten gleichzeitig einen Beitrag fürs Klima leisten. Kurzum: Die richtige Maßnahme für den Verkehr der Zukunft. *Richard Adam*

Cornelia Ernst und Stadtratsmitglied Marion Morassi an der Ahr

Schwerpunkt Klimawandel

Cornelia Ernst auf Sommertour 2022 in Rheinland-Pfalz

Dieses Jahr startete unsere Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst mit einem kurzen Abstecher nach Hessen ihre alljährliche Sommertour in Rheinland-Pfalz. Am Montag, 23. August, war sie zu Besuch auf der anderen Rheinseite und tauschte sich mit den Mitarbeiter:innen und Fraktionsmitgliedern der hessischen Landtagsfraktion über die sich aus der Energiekrise ergebenden Probleme aus. Tags darauf ging es zum Mainzer Energiepark. Herr Aichinger von den Stadtwerken Mainz stellte ein Forschungskooperationsprojekt der Stadtwerke Mainz, der Hochschule Rhein-Main und privater Unternehmen vor. Zur Herstellung von Wasserstoff soll die dafür benötigte Energie aus den in unmittelbarer Nähe befindlichen Windenergiekrafträdern bezogen werden. Der Wasserstoff wird dann unter anderem von den Mainzer Verkehrsbetrieben genutzt, die damit ihre Wasserstoffbusse betanken wollen.

Im Katastrophengebiet

Am Mittwoch ging es Richtung Norden nach Bad Neunahr-Ahrweiler. LINKE-Stadtratsmitglied Marion Morassi führte Cornelia Ernst durch die Stadt und anschließend durch das Tal der Ahr. Auch über ein Jahr später sind die Schäden der Starkregen-Katastrophe des letzten Jahres noch deutlich zu sehen. Es wird noch Jahre dauern, bis die gesamte Infrastruktur wieder aufgebaut ist. Marion Morassi beschrieb eindrücklich die Solidarität, die die betroffenen Anwohner:innen direkt nach der Katastrophe von vielen Menschen erfahren haben. Viele ehrenamtliche Helfer:innen waren teils Wochen im Einsatz. Dort, wo die Verwaltung wegen bürokratischer Hürden nur sehr langsam vorankam, halfen Handwerker, Landwirte und Private mit eigenem Werkzeug und Geschick. In der »A(h)rche«, einem für die Helfer:innen und Bürger:innen der Stadt aufgebauten ganzjährigen Zelt, kamen Marion Morassi, Kreistagsmitglied Wolfgang Huste und Cornelia Ernst mit Bürger:innen ins Gespräch. Dabei konnte Cornelia Ernst einige Wünsche, Hinweise und Anregungen an das EU-Parlament mitnehmen.

Es wird noch Jahre dauern, bis die gesamte Infrastruktur wieder aufgebaut ist

Bei Genoss:innen in Ludwigshafen

Am Donnerstag besuchte Cornelia Ernst mit der Stadträtin Lena Edel, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Stefan Glander das Sozialforum in Kaiserslautern. Das ist eine Bürgerinitiative, die Geringverdienende und Leistungsempfangende unterstützt und berät. An der abendlichen Diskussionsrunde zu sozialen Fragen und der Energiekrise konnte man sich direkt vor Ort, aber auch per Livestream beteiligen. Am Freitag endete die Tour in Ludwigshafen mit einem Besuch der dortigen Müllverwertungsanlage, die durch die Verbrennung von Müll Fernwärme für die Ludwigshafener Bürger:innen gewinnt. Auf dem Stand der neuesten Technik wird so Energie erzeugt und damit etwa 88.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr vermieden, die vom Gesetzgeber geforderten Jahresmittelwerte beim Schadstoffausstoß werden sicher unterschritten. *Sarah Zürbig-Schwarzrock*

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Richard Adam, Sarah Buddeberg, Clara Bünger, Kristin Hofmann, Jens Matthis, Thomas Lohmeier, Sarah Nitsche, Uwe Schaarschmidt, Sarah Zürbig-Schwarzrock, Jessica Tatti

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Martin Heinlein (1), DIE LINKE/flickr/Sachsen (2), Mika Baumeister/unsplash (2), Alexander Blecher/wikimedia (3), jametlene-reskp/unsplash (3), chuttersnap/unsplash (4), Klaus Gigga (5), Frank Grätz (5), Uwe Schaarschmidt (6), linksjugend Dresden (7), Cornelia Ernst (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
12. September 2022

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Richtfest auf NS-Dachstuhl

Den historischen Abgrund umfahrend, haben die Denkmalbehörden sich auf die technische Leistung des Ludwig-Kroher-Dachstuhls fokussiert

Über die Funktion des Festspielhauses Hellerau, als Ausbildungsstandort für am Holocaust beteiligte Einheiten der Ordnungspolizei und die damit verbundenen baulichen Veränderungen ab 1938, wurde an dieser Stelle mehrfach berichtet. Dieser Aspekt der Nutzungsgeschichte spielte bei den Planungen seit Mitte der neunziger Jahre keine Rolle. Inzwischen wird nach langen Jahren eigener Recherchen dieses dunkle Kapitel, insbesondere der ab 1938 zum Festspielhaus hinzugefügte Kasernenflügel West und Ost, öffentlich wahrgenommen.

Für die Behörden stellte die Geschichte des Kasernenflügel Ost damals allerdings kein Hindernis dar, diesen unter Denkmalschutz zu stellen – schon um Fördermittel für die Sanierung anzapfen zu können. Den historischen Abgrund umfahrend, haben die Denkmalbehörden sich auf die technische Leistung des Ludwig-Kroher-Dachstuhls fokussiert, der holzsparend ein in Einzelglieder aufgelöstes Raumtragwerk darstellt, was einen stützenfreien Dachraum ermöglicht.

Holzkonstruktion des Kroher-Dachstuhls im Kasernenflügel Hellerau

Dies führt den bei der historischen Aufarbeitung dilettierenden Bauingenieur wiederum auf sein Fachgebiet zurück – zur Bautechnik. Denn nicht mal die erwähnte Baukonstruktion ist unbelastet vom braunen Hauch der Bauzeit. Wie die Technische und Wirtschaftliche Rundschau als Beilage zur Zeitschrift »Baumeister« im Januar 1939 stolz berichtet, ist beim Kroher-Dachstuhl eine »Holzeinsparung von 40 bis 70 Prozent im Zeichen des Vierjahresplanes« gelungen. In einer Gegenüberstellung des Kroher-Dachstuhles zu einem konventionellen Holztragwerk wird der Konstruktion bescheinigt: »Brandbomben-Durchschlagsicherheit zwanzig mal so groß wie beim alten Dachstuhl«. Schließlich diente der Vierjahresplan von 1936 der Kriegsvorbereitung, der Einsparung von Material und der Erreichung von wirtschaftlicher Autarkie.

Die Sanierung des Kasernenflügels Ost ist im Gange und soll das Kulturzentrum um das Festspielhaus abrunden. Am 18. Juli war Richtfest. Inzwischen gibt es auch Projektmittel für die systematische Aufarbeitung der Geschichte des Festspielgeländes. Die Zeit von 1939 bis 1945 soll am Gebäude sichtbar werden. Im Ideenwettbewerb »Gedenkareal Dresdner Norden« – zum Konzept Erinnerungskultur für Opfer- und Täterorte während des Nationalsozialismus – ist der Standort der ehemaligen Polizeischule enthalten.

Die Zeit von 1939 bis 1945 soll am Gebäude sichtbar werden

Dennoch ist die Aufarbeitung erst am Anfang. Denn wie dem Verfasser auf dem Richtfest ins Ohr geraunt wurde, fanden sich historische Sinnsprüche an den Wänden, von den sowjetischen Nachfolgern unangetastet, ausgerechnet vom kriegsverherrlichenden Demokratieverächter Ernst Jünger. Nicht zuletzt hat die Umwandlung in einen Kasernenstandort dazu geführt, dass das Festspielgelände dann bis 1993 Kaserne der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) war.

Während für die Zeit bis 1945 recht umfangreiche Aktenquellen vorgefunden wurden, gibt es bisher für die Jahre zwischen 1945 und 1993 nichts. Die Geschichte der sowjetischen Garnison in Hellerau muss ebenfalls unter die Lupe der Aufarbeitung genommen werden.

Tilo Wirtz

KRACHT-BRUNNEN

Eine halbe Sanierung – vielleicht

Erfreuten sich großer Beliebtheit: Kracht-Brunnen

Seit geraumer Zeit befinden sich die beiden Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt in einem desolaten baulichen und technischen Zustand. Der östliche Kracht-Brunnen ist bereits seit der Flut 2002 außer Betrieb.

Auf Anfrage des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach teilte die Stadtverwaltung zu den Schäden an den Brunnen mit: »Beide Kracht-Brunnen befinden sich in einem schlechten beziehungsweise maroden baulichen Zustand. [...] Hinzu kommt die springbrunnentechnische Sanierung. [...] Auf jeden Fall sind die Kracht-Brunnen sanierungsbedürftig, auch und besonders um das ursprüngliche Erscheinungsbild rechts und links vom Goldenen Reiter wiederherzustellen.«

Grund genug für die Fraktion DIE LINKE, Druck zu machen – mit einem Antrag, der die denkmalgerechte Sanierung der beiden Springbrunnen sowie der Gehwegplatten, der Grünanlagen und der Sitzgelegenheiten im Umfeld der Kracht-Brunnen vorsieht.

Zwar noch im Geschäftsgang der Gremien entfaltet der LINKEN-Antrag – neben dem öffentlichen Druck – jedoch bereits Wirkung. So heißt es Ende August 2022 in einer Pressemitteilung aus der Stadtverwaltung: »Das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft lässt ab Mai 2023 den östlichen der beiden Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt denkmalgerecht sanieren.« Im Frühling 2024 soll der Springbrunnen wieder sprudeln. Allerdings stünde die Finanzierung »unter dem Vorbehalt der Bestätigung des Haushalts sowie der Bewilligung der Fördermittel des Freistaates Sachsen« und auch vom restlichen Umfeld ist nicht die Rede. Es gibt also noch viel zu tun.

Die Redaktion

Das Essen muss bezahlbar bleiben

Viele Dresdner Eltern haben in den letzten Wochen Post vom Essenanbieter ihrer Kinder bekommen. Teils drastische Preissteigerungen wurden angekündigt

Viele Eltern machen sich Sorgen, wie sie ihre Rechnungen noch bezahlen sollen und bei nicht wenigen ist das Familienbudget schon jetzt angespannt. Die aktuelle allgemeine Preisentwicklung bewirkt, dass auch die Kosten für das Mittagessen noch weiter steigen werden. Deshalb haben wir als Linksfraktion den Oberbürgermeister aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um allen Kindern in Dresdner Schulen und Kitas eine preiswerte Essensversorgung zu ermöglichen. Dazu sollen die Preise für das Mittagessen auf dem Niveau vom 30. Juni 2022 gedeckelt und längerfristig sogar gesenkt werden.

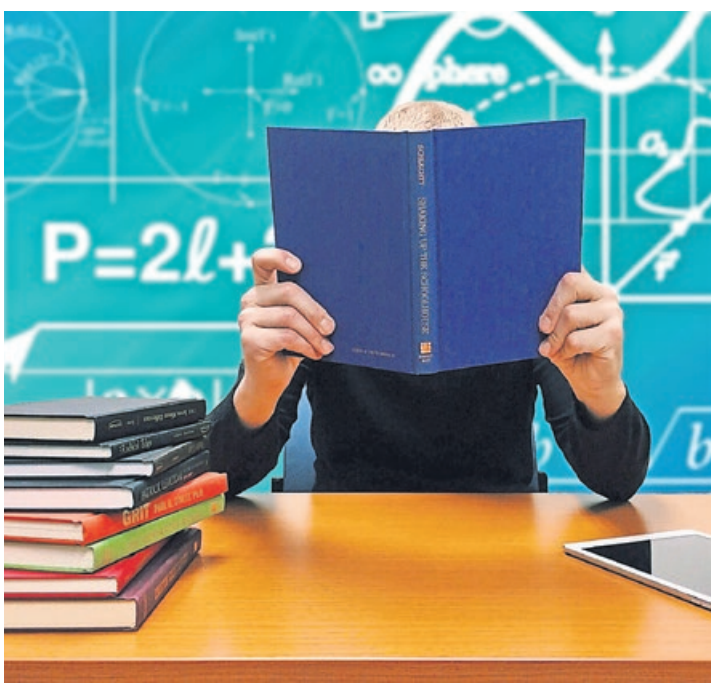
Darüber hinaus sieht unsere Stadtratsinitiative auch Maßnahmen zur langfristigen Verringerung der Herstellungskosten, zur Stärkung lokaler gastronomischer Einrichtungen und – mit der Zubereitung des Essens vor Ort – zur Vermeidung langer Transportwege vor. Nach unseren Vorstellungen soll ein relevanter Anteil der benötigten Mahlzeiten künftig wieder in Schulküchen zum Selbstkostenpreis zubereitet werden. Durch eine Koordination der Bestellungen bei Drittanbietern könnten zudem Synergien und günstigere Preise über höhere Bestellmengen geschaffen werden. Durch die Einbindung lokaler Anbieter wie Kantinen, Gaststätten, Werksküchen, Landwirtschaftsbetriebe und Gärtnereien sollen zukünftig energieaufwändige Transportwege vermieden werden – das schützt auch das Klima. Dort, wo reale Mehrkosten bei der Erzeugung, Auslieferung und Verteilung entstehen, sollen diese bis auf Weiteres unmittelbar durch die Landeshauptstadt Dresden übernommen werden.

Schulküchen sind eine prima Idee

Gesunde Mittagsversorgung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen

Wir meinen: Eine gesunde Mittagsversorgung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Kinder können nichts dafür, wie viel oder wenig Geld ihre Eltern haben. Also muss die Stadt für Gerechtigkeit sorgen und die Preise deckeln. Es ist allein eine Frage der politischen Prioritätensetzung in der aktuell angespannten Situation. Was Berlin seit zwei Jahren schafft, ist längerfristig auch in Dresden möglich.

Anne Holowenko



Nicht nur Bücher kosten Geld

STARTHILFE FÜR STUDIERENDE

Sprung ins Leben

Der Beginn eines Studiums oder einer Ausbildung ist häufig auch der Sprung in eine neue, selbstständigere Lebensphase. Eine andere Stadt, ein neues Lebensumfeld. Viele staatliche Finanzierungsmöglichkeiten, wie das BAföG oder das Wohngeld, haben enorme bürokratische Hürden. Häufig vergehen daher mehrere Monate, bis die Antragstellenden das erste Geld auf ihrem Konto haben. Doch gerade zu Beginn sind die Anschaffungs- und Ausstattungskosten enorm hoch. Aber weder der Vermieter noch der Internetanbieter stunden ihre Forderungen. Die Kosten laufen. Daher beantragte die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat eine Starthilfe für Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende in Dresden ab dem 1. Januar 2023.

Im Gegensatz zur früheren Umzugsbeihilfe sollen mehrere Gruppen von der Hilfe profitieren, denn nicht nur Studierende sehen sich vor Herausforderungen, die ein neuer Lebensabschnitt mit sich bringt, und auch nicht nur Personen, die erst neu nach Dresden ziehen. Die Starthilfe soll Studierenden, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden in Dresden zugutekommen. Die Starthilfe kann nur einmal in Anspruch genommen werden und beinhaltet eine einmalige Leistung von 150 Euro.

Stadtrat Leo Lentz dazu: »Junge Menschen, die eine Ausbildung oder Studium in Dresden beginnen, sollen das möglichst sorgenfrei tun und wir wollen ihnen dabei etwas helfen. Das heißt ganz konkret: Mehr Knete in der Tasche.«

Die Redaktion

Mit dem Sozialticket kommt man weiter

GEGEN STEIGENDE PREISE

Links wirkt!

Monat für Monat steigen die Lebenshaltungskosten. Anzunehmen, die Preise würden wieder sinken, wäre weltfremd. Auch wenn die Möglichkeiten der Kommunalpolitik steuernd einzugreifen – im Vergleich zum Land und zum Bund – doch begrenzter sind, so setzt sich die Linksfraktion im Rathaus seit Jahren für Maßnahmen ein, die den stetigen Anstieg der Lebenshaltungskosten bekämpfen. Freilich hat die Stadt nicht die Mittel für milliardenschwere Konjunktur- und Stützungsprogramme, aber auch scheinbar »kleine« Maßnahmen können für Entlastung bzw. geringere Belastungen sorgen.

Aktuell macht sich die Fraktion für die Deckelung der Preise für das Kita- und Schulessen stark (Lesen Sie dazu auch den Artikel auf Seite 6). Zudem gibt es eine Initiative zum Stopp der Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV. Die kostenlose Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen ist so eine »Kleinigkeit«, aber wer Wohngeld beantragen muss, der rechnet buchstäblich mit jedem Cent. Nach dem Auslaufen des 9-Euro-Tickets gibt es in Dresden eine stark steigende Nachfrage nach dem Sozialticket. Das zeigt, dass es richtig war, sich für die Einführung und den Erhalt des Sozialtickets eingesetzt zu haben. Beantragt und durch den Stadtrat beschlossen wurde auch der kostenlose Eintritt für Kinder und Jugendliche in die städtischen Museen. Selbstverständlich haben sich unsere Stadträte gegen eine Erhöhung der Kita-Gebühren ausgesprochen. Kurz gesagt: Links wirkt!

Die Redaktion

»Eine große Chance wurde vertan«

Aus der Verlängerung des 9-Euro-Tickets wurde bekanntlich nichts. Hier dokumentieren wir eine Rede von *Bernd Riexinger* anlässlich der aktuellen Haushaltsverhandlungen im Bundestag

Der Zug ist abgefahren: 9-Euro-Ticket ade

»Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Regierung hat es nicht geschafft, das Auslaufen des 9-Euro-Tickets zu verhindern und eine direkte Nachfolgeregelung auf den Weg zu bringen.

Das, was Sie die letzten Monate dazu abgeliefert haben, ist einfach nichts. Eine große Chance wurde vertan. Und was Sie jetzt vorlegen, ist mut- und kraftlos.

Mich ärgert der Umgang mit unseren Anträgen unsäglich. Wir haben rechtzeitig im Verkehrsausschuss, im Bundestag Anträge zur Verlängerung des 9-Euro-Tickets gestellt, um Zeit für eine durchdachte Nachfolgeregelung zu finden. Wir haben zugleich Vorschläge gemacht für ein 1-Euro-Ticket am Tag, ein 30-Euro-Ticket im Monat oder ein 365-Euro-Ticket im Jahr. Ohne ernstzunehmende Debatte und ohne Begründung wurde das abgelehnt. Als das 9-Euro-Ticket im Sommer immer populärer wurde, forderten SPD und Grüne auf einmal eine Nachfolgeregelung – die Grünen mit den nahezu deckungsgleichen Vorstellungen, die sie vorher im Parlament, als meine Partei sie beantragt hatte, abgelehnt hatten. Die Grünen sind in der Kunst der öffentlichen Inszenierung guter, also unserer, Vorschläge bekanntlich Meister. Liebe Grüne, ihr seid nicht in der Opposition, sondern in der Regierung, und ihr hättet die Sommerzeit nutzen können, eure Koalitionspartner von unseren oder von mir aus auch von euren guten Vorschlägen zu überzeugen. Das habt ihr offensichtlich nicht getan.

Der jetzt vorliegende Kompromiss mit einer Spanne von 49 bis 69 Euro ist zu teuer, zu weit weg vom 9-Euro-Ticket und untergräbt dessen Erfolg. 52 Millionen verkaufte Tickets! Jeder Zehnte hat das Auto stehen lassen. 1,8 Millionen Tonnen CO_2 wurden eingespart und Sie lassen einen solchen Elfmeter einfach liegen und schießen lieber ein Eigentor. Ich kann es nicht verstehen. 100 Städte und Kommunen in Europa haben bereits einen ticketfreien öffentlichen Personennahverkehr, darunter Luxemburg. Städte wie Wien haben bereits seit Jahren ein 365-Euro-Ticket. Die spanische Regierung hat jetzt eine Übergewinnsteuer beschlossen und mit den zusätzlichen Einnahmen die Nutzung des Regionalverkehrs kostenfrei gestellt. Bevor unsere Regierung eine so einfache Regelung beschließt, dreht Wirtschafts- und Klimaminister Habeck lieber weitere 25 rhetorische Pirouetten und erklärt unter sichtbaren Schmerzen, dass es gerecht ist, wenn die gestiegenen Kosten auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden. Hier wäre doch mal eine Chance gewesen, wirklichen Klimaschutz durchzusetzen und darüber hinaus noch eine soziale Regelung zu treffen.

»Beste Ideen vermurkst man nicht, sondern setzt sie um«

Beste Ideen vermurkst man nicht, sondern setzt sie um. Wer will, dass die Menschen vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr und insbesondere auf die Bahn umsteigen, muss die Ticketpreise massiv senken – bis hin zum Nulltarif – und massiv in den Ausbau von ÖPNV und Bahn investieren. Dem wird Ihr Haushaltsentwurf wieder einmal nicht gerecht.«

Hier bitte einwerfen

HUNDEKOT-TÜTEN

Auftrag an den OB

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Kauf von ökologisch und sozial nachhaltig produzierten Tüten für die Bestückung der Hundekot-Tütenspender durch die Verwaltung zu veranlassen, damit die Hundekot-Tütenspender zeitnah damit bestückt werden können.«

So eindeutig, nahezu lapidar, formulierte die LINKE, einen Auftrag an den Oberbürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert. Nun gilt es, die Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft von der Notwendigkeit unseres Antrages zu überzeugen.

57 Hundekot-Tütenspender mit entsprechenden Kotbehältern stehen seit 1999 im Stadtgebiet (35 HaiDog und 22 Dog-Station). Die Bewirtschaftung kostet die Stadt jährlich 25.000 Euro. Die meisten der handelsüblichen Hundekotbeutel bestehen allerdings aus Polyethylen, also verarbeitetem Erdöl. Dresden ist Fair-Trade-Town – auch deshalb sollte für die Stadtverwaltung der Blick auf einen ressourcenschonenden Herstellungsprozess der zu beschaffenden Güter eine Selbstverständlichkeit sein.

Aktuell gibt es verschiedene Anbieter von nachhaltig produzierten Hundekotbeuteln, aus denen die Verwaltung auswählen kann. So bietet zum Beispiel eine Berliner Firma 100 Prozent plastikfreie Hundekotbeutel an, die trotzdem so stabil und zuverlässig wie herkömmliche Plastikbeutel sind. Außerdem wickelt dieser Hersteller seinen kompletten Zahlungsverkehr über eine sozial-ökologische Genossenschaftsbank ab. Lösungen gibt es. Sie müssen genutzt werden. *Margot Gaitzsch*

INVESTITIONSQUOTEN

Mehr oder weniger

Der Worte viel, der Taten wenig, dass ist der Hilbert, unser König.« Kommentierte der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Stadtrat André Schollbach das Ergebnis mehrerer schriftlicher Anfragen zur Entwicklung der Investitionsquote der Landeshauptstadt. *Investitionsquote*: ein sperriges Wort, das aber viel über die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Kommune aussagt. Denn die Investitionsquote stellt den Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben der Stadt Dresden dar. Eine Kommune die nicht investiert, lebt letztlich von der Substanz und kann sich nicht hinreichend auf neue Herausforderungen einstellen. Seit 2015, dem Beginn der Amtszeit von Dirk Hilbert, ist die Investitionsquote der Landeshauptstadt Dresden kontinuierlich um fast ein Drittel gesunken, nämlich von 17,61 Prozent auf nur noch 12,6 Prozent im Jahr 2021. Diese Zahlen sprechen für sich, aber widrige Fakten zur Kenntnis zu nehmen und vor allem Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, war noch nie die Stärke unseres Oberbürgermeisters. *Die Redaktion*

Mehr Investitionen in die Zukunft

HAUSHALT

Prognose unmöglich

Dirk Hilbert bei der Arbeit

Im September hat der OB Hilbert seinen Entwurf für den Haushalt der beiden folgenden Jahre vorgelegt. Das geschieht in einem sehr unsicheren Umfeld. Bis jetzt ist unklar, ob sich wieder eine breite Haushaltskoalition finden wird. Je schwieriger aber eine Mehrheitsfindung im Stadtrat ist, desto stärker wird die Stellung des Oberbürgermeisters. Ebenso unklar sind aber auch die finanzpolitischen Voraussetzungen der nächsten Jahre. Egal wie man die Ursachen der Krisen bewertet: Für den Füllstand der Stadtkasse ist das ziemlich egal. Diesen zu prognostizieren, ist zum jetzigen Zeitpunkt fast unmöglich.

Spannend wird sein, ob sich die politische Vernunft durchsetzt und die Kommunen jenseits ihrer eigenen Einnahmen ausreichend mit Finanzen versorgt werden oder ob Sparideologen auf die Belastungen der Kommunen noch etwas draufsatteln.

Mit dem Haushalt der Stadt wollen wir die Menschen in der Stadt unterstützen, die unter den Krisenfolgen leiden. Dafür Mehrheiten zu finden, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein. *Tilo Kießling*

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Susann Dietzschold, Thomas Feske, Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Bernd Riexinger, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
8. September 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
DIE LINKE / flickr (1); Ralph / pixabay (2); Ineedawsomepics / pixabay (2); Juraj Varga / pixabay (2); StockSnap / pixabay (2); Dieter Ludwig Scharnagel / pixabay (4); Gundula Vogel / pixabay (4); Tilo Wirtz (5), Susann Dietzschold (5); Andreas Breitling / pixabay (6); Alexa / pixabay (6); Natalja Lunkina / pixabay (7); StockSnap / pixabay (7); Andrzej Rembowski / pixabay (8); Alexas_Fotos / pixabay (8); nvodicka / pixabay (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat